



Die EU-Kommission will jungen Europäern den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Bildung soll dabei eine wesentliche Rolle spielen. Foto: dpa

**Aktuell - Freitag 15 Oktober 2010 - Europa 2020 & Reformen**

**Europa 2020: 3. Leitinitiative der EU-Kommission**

## **Jugend in Bewegung - "Mehr als Humankapital"?**

**Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft Europas Jugendliche besonders hart. Die Arbeitslosenquote ist unter Jugendlichen zweimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Die EU-Kommission will mit einer Initiative gegensteuern. Kritiker warnen: man dürfe sich nicht nur auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Jugendlichen konzentrieren.**

Die EU-Kommission will die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen und hat die Leitinitiative ["Jugend in Bewegung"](#) ins Leben gerufen. In einem ersten Schritt werden Jugend-Probleme und mögliche EU-Lösungen auf einer [Konferenz](#) diskutiert, die am Donnerstag (14. Oktober) in Bordeaux begonnen hat. EU-Bildungskommissarin **Androulla Vassiliou** sagte, man müsse alles

"Europa hat sonst oft ein Vermittlungsproblem", sagte er.

Auch **Kathrin Moosdorf**, stellvertretende Vorsitzende des [Bundesarbeitsrats](#), hält die Leitinitiative für eine gute Idee. Sie bemängelte aber deren "einseitige Perspektive": Die Pläne der EU-Kommission seien zu stark auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet. "Jugendliche sind mehr als Humankapital am Arbeitsmarkt", kritisierte sie.

## Mehr Ausland für alle

In Zukunft soll es für Jugendliche leichter werden, ihr eigenes Unternehmen zu gründen und im Ausland zu arbeiten. Die EU-Kommission will den Einstieg in die Selbständigkeit erleichtern und die "Beschäftigungsmobilität" junger Menschen erhöhen.

Das wohl bekannteste europäische Austauschprogramm Erasmus sei eine Erfolgsgeschichte, so Petschke. Die Nachfrage übersteige mittlerweile das Angebot. In Deutschland müssten derzeit durchschnittlich fünfzig Prozent aller Anträge wegen mangelnder Gelder abgelehnt werden. Um mehr Jugendlichen eine Auslandsaufenthalts erfahrung zu ermöglichen schlug Truszczynski vor, den Etat der europäischen Austauschprogramme zu vergrößern.

## Hauptverantwortung bei den Mitgliedsstaaten

Die EU kann im Bereich Bildung keine eigenen Gesetze erlassen. Sie formuliert daher Zielvorgaben und unterstützt die Mitgliedsstaaten dabei, diese zu erreichen. Dazu koordiniert sie beispielsweise die nationalen Maßnahmen und bietet eine Plattform, auf der die Mitgliedsstaaten ihre Erfahrungen mit bewährten und weniger erfolgreichen Maßnahmen austauschen können.

Die Hauptverantwortung für den Erfolg der Initiative liege aber bei den Mitgliedsstaaten, betonte Truszczynski. Das sei nicht zuletzt wegen der großen regionalen Unterschiede auch sinnvoll.

## Große Unterschiede in Europa

So schwankten beispielsweise die Schulabbrecherquoten innerhalb der EU stark. Während sie in Polen mit fünf Prozent relativ niedrig seien, würden in Spanien oder Malta über dreißig Prozent der Jugendlichen ihre Schulausbildung abbrechen. Häufig gebe es regionale Ursachen für diese Unterschiede.

Auch Stefan Schneider betonte: "die Arbeit muss vor Ort gemacht werden". Das gelte besonders für Deutschland, wo die Bundesländer für die Bildung zuständig sind. "Die Bundesregierung kann hier aber für Transparenz über die Qualität der regionalen Schulsysteme sorgen", sagte der Europabeauftragte des BMFSF.